

A portrait of Susanne Mittag, a woman with short blonde hair and glasses, wearing a dark blazer over a light-colored blouse and a pearl necklace. She is smiling slightly. The background is a blurred office setting with windows.

MITTAGSPOST



19.01. Ausgabe 02/2018

Aus der Fraktion

In dieser Woche steht die SPD vor zwei großen Herausforderungen: Gibt es am Sonntag auf dem Bundesparteitag den Auftrag zur Ausarbeitung eines detaillierten Koalitionsvertrages und unter welchen Voraussetzungen geht die Erneuerung unserer Partei voran?

Das vorliegende Ergebnis der Sondierungsgespräche hat mehrere konkrete Festsetzungen, ansonsten ist es recht allgemein gefasst. Zu berücksichtigen ist: Hierbei handelt es sich um eine Art „Vorvertrag“ mit mehreren konkreten Festsetzungen. Der eigentliche Vertrag - der Koalitionsvertrag - mit genauer beschriebenen Themenbereichen wird erst noch ausverhandelt. Dieser wird anschließend allen Mitgliedern zur Abstimmung vorgelegt. Unser letzter Vertrag von 2013 hatte übrigens 183 Seiten!

Im Sondierungsvertrag befinden sich einige für die CDU sehr schmerzhaft Punkte: ein sozialer Arbeitsmarkt mit 150 000 Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose; mehrere konkrete Maßnahmen gegen Kinderarmut; die Bafög-Erhöhung; die konkrete Förderung der Berufsschulen und Berufsausbildung - besonders in sozialen Berufen; keine weitere Absenkung des Rentenniveaus, endlich die Mindestrente über dem Sozialhilfesatz; die Finanzierung des Breitbandausbaus; der Kitausbau; die Fortsetzung des sozialen Wohnungsbaus durch den Bund über 2019 hinaus und vieles mehr. Wichtig, für all diese Vereinbarungen sind bereits Finanzmittel hinterlegt.

Aber wie es bei Verhandlungen von Gruppierungen mit unterschiedlicher Auffassung von Inhalten ist: Es muss einen Kompromiss geben! Wie z.B. bei der Bürgerversicherung. Sie scheint der Albtraum der Union zu sein. Immerhin ist die Parität der Beiträge ausgehandelt worden, was ein wichtiger Schritt ist. Weiter ist völlig unklar, wie mit den Rücklagen der Privaten Krankenversicherungen von ca. 230 Mrd. Euro umgegangen werden kann und darf. Das muss verfassungsrechtlich erst noch geprüft werden. Die tatsächliche Umsetzung der BV wäre vermutlich - wenn überhaupt - erst Ende der Legislatur möglich gewesen. Ich könnte hier weitere Beispiele nennen.

Wichtig und richtig finde ich, dass alle Mitglieder über den endgültigen Vertrag entscheiden können. In Vorstellungsrunden können wir in Ruhe über den Inhalt diskutieren. Wir werden dann auch genauer wissen, auf was wir uns einlassen.

Nach 2 Jahren soll die Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen auf die tatsächliche Einhaltung und Umsetzung überprüft werden - auch mit der Maßgabe des Ausstieges.

Sollte es am Sonntag zu einer Ablehnung kommen, gibt es früher oder später Neuwahlen. Die Frage, was würde sich bei einer erneuten Wahl für die SPD ändern?! Die Mehrheit im Bundestag ist konservativ/rechts. Es gibt keine sog. linke Mehrheit mehr. Ich hoffe, dass wir am Sonntag das Mandat zum Weiterverhandeln bekommen.

Landesgruppe Niedersachsen

Die Ergebnisse der Sondierungsgespräche mit der Union aus niedersächsischer Sicht war natürlich ebenso Thema wie der Diskussionsstand in den anderen Landesgruppen.

Im Plenum

Anlässlich der internationalen Ernährungsmesse „Grüne Woche“ in Berlin befasste sich der Deutsche Bundestag am Donnerstag mit dem Thema gesunde Ernährung. Als SPD-Bundestagsfraktion fordern wir in einem eigenen Positionspapier ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung ernährungsbedingter Krankheiten. Dazu ist besonders die Reduzierung von Fett, Zucker und Salz in Lebensmitteln nötig. Außerdem wollen wir verpflichtende Kennzeichnungen.

Gestern Abend hielt ich meine erste Rede zum Tierschutz. Darin forderte ich, dass die Zeiten gerade bei internationalen Tiertransporten beschränkt werden müssen. Auch muss die Einhaltung der Tierschutzstandards in den Zielländern überprüft werden. Wenn es Verstöße gibt, müssen wir den Export von lebenden Tieren stoppen und nur noch in Deutschland geschlachtete Tiere ausführen. Anlass der Debatte war ein schockierender TV-Beitrag aus dem November vergangenen Jahres. Darin wurde deutlich, dass Landwirtschaftsminister Schmidt seit vier Jahren vollkommen untätig ist.

In einem gemeinsamen Antrag mit der Union, der FDP und den Grünen fordern wir ein entschlossenes politisches und gesamtgesellschaftliches Engagement zur Bekämpfung von Antisemitismus mit einem ganzen Maßnahmenkatalog.

Dem Antrag auf Einrichtung eines ersten Untersuchungsausschusses, der zur bundesweiten Aufklärung des Terroranschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 beitragen soll, stimmte der Bundestag zu.

Nach dem einstimmigen Beschluss zur Einsetzung aller 23 Ausschüsse, deren Besetzung in der nächsten Plenarwoche beschlossen wird, wurden in geheimer Abstimmung die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt. Der Kandidat der AfD fiel dabei durch.

Weitere Termine

Eine wichtige Frage ist, wie es mit dem Familiennachzug für subsidiär geschützte Flüchtlinge weitergeht, der bis zum 18.3.2018 ausgesetzt ist. Dies erörterten wir mit Burkhard Lischka, Eva Högl und weiteren Kollegen. In den Sondierungen konnten wir uns mit der Union einigen, dass 1000 Familienangehörige im Monat nach Deutschland nachziehen dürfen, was der Kapazität der bearbeitenden Botschaften entspricht. Sollte es zu keiner einvernehmlichen Regelung kommen, werden CSU, FDP und AfD alles daran setzen, den Familiennachzug weiter auszusetzen.



Susanne Mittag, Eva Högl, Burkhard

Heute findet das Gründungstreffen des sozialdemokratischen Gesprächskreis „Heim- und Wildtierhaltung“ sowie ein informelles Agrarsprecher-Treffen mit Matthias Miersch und Karin Logemann statt. Bevor ich die Rückreise in den Wahlkreis antrete, habe ich noch einen Termine auf der Grünen Woche mit dem Tierschutzbund, dessen Vorsitzender Thomas Schröder aus der Wesermarsch kommt.